

09.07.2018

Aktuelle Stunde

auf Antrag
der Fraktion AfD

Erst wird der Bock zum Gärtner gemacht, anschließend löscht man unangenehme Informationen auf Facebook – Will die Landesregierung die finanzielle Förderung eines Projektes des Zentralrates der Muslime in Deutschland (ZMD) im Kampf gegen den Antisemitismus verheimlichen?

Erst im vergangenen Jahr 2017 entschied sich die Bundesregierung, einigen muslimischen Verbänden aufgrund „der Nähe (...) zum türkischen Staat“¹ Fördergelder drastisch zu reduzieren. Neben der Türkisch-Islamischen Union Ditib, die rund 80 Prozent weniger erhält, ist auch der Zentralrat der Muslime (ZMD), dessen Fördergelder um sogar 90 Prozent reduziert werden, von der Kürzung betroffen. Der GRÜNEN-Politiker Volker Beck forderte gar, die Kooperationen gänzlich zu überprüfen.²

Die Landesregierung Nordrhein-Westfalens schätzt die Förderungswürdigkeit des Zentralrates der Muslime demgegenüber offenkundig ganz anders ein. Stolz verkündete das Ministerium für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen auf seiner Facebook-Präsenz „Chancen NRW“ in der erstmalig publizierte Version vom 4. Juli 2018 um 12:38 Uhr:

„Die Landesregierung unterstützt den Zentralrat der Muslime in Deutschland im Kampf gegen Antisemitismus

Die Landesregierung setzt sich entschieden für ein tolerantes Miteinander und gegen Rassismus, Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit ein. Das Integrationsministerium unterstützt dazu das Projekt 'Vielfalt zum Anfassen: Schüler*innen gegen Antisemitismus' der Organisation JuMu (Juden und Muslime) des Zentralrats der Muslime mit 160.000 Euro bis Ende 2019.“

¹ Deutsche Welle (2017): Bundesregierung streicht Fördergelder für Islam-Verbände; online im Internet: <https://www.dw.com/de/bundesregierung-streicht-f%C3%B6rdergelder-f%C3%BCr-islam-verb%C3%A4nde/a-40809208>.

² Vgl. ebd.

Datum des Originals: 09.07.2018/Ausgegeben: 09.07.2018

Den einwandfrei politisch korrekt formulierten und pflichtbewusst gegenderten Sätzen zum Trotz, reagierten zahlreiche Nutzer des Sozialen Netzwerkes in der Kommentarspalte mit scharfer, aber sachlicher und faktenbasierter Kritik an dieser Förderung. Verschiedene Personen weisen die Landesregierung nachdrücklich darauf hin, dass im Zentralrat der Muslime auch die Islamische Gemeinschaft in Deutschland (IGD), die vom Verfassungsschutz beobachtet werde, und das vom fundamentalistischen Regime in Teheran kontrollierte Islamische Zentrum Hamburg (IZH) organisiert seien.

Das Landesamt für Verfassungsschutz Hamburg bestätigt diese Aussagen. Das IZH ist als Instrument der Iranischen Regierung zu bewerten. Es gibt dort extremistische Strömungen, und Mitglieder dieser Vereinigung haben 2016 an einer israelfeindlichen Demonstration teilgenommen.³ Die Islamische Gemeinschaft in Deutschland (IGD) wird auch im jüngsten Verfassungsschutzbericht des Bundesamtes für Verfassungsschutz als Beobachtungsobjekt geführt und als Ableger der Muslimbruderschaft bewertet.⁴ Die IGD selber geht offen mit ihrer Mitgliedschaft im ZMD um.⁵

Die Facebook -Nutzer kritisieren dementsprechend, man gehe hier mit Antisemiten gegen Antisemiten vor und habe eine untragbare Entscheidung getroffen. Im Zeitraum vom 4. Juli um 12:38 Uhr bis zum 5. Juli um 19:53 Uhr hat der Herausgeber den Beitrag dann insgesamt sieben Mal redaktionell verändert und dabei die Erwähnung des ZMD schrittweise komplett entfernt, wie aus dem einsehbaren Bearbeitungsverlauf des Beitrages hervorgeht. In der aktuellen Fassung verweist die Landesregierung lediglich noch auf das Projekt und den Projektträger JuMu Deutschland gGmbH, obwohl die Landesregierung in einer kurzen Entgegnung in der Kommentarspalte selbst erläutert, dass der ZMD den Projektträger JuMu selbst initiiert hat. Selbst aus einem integrierten, direkten Zitat der Integrationsstaatssekretärin Serap Güler ist der Verweis ohne Kennzeichnung einer Auslassung entfernt worden. Zudem ist eine Klarstellung zur Projektförderung und dem Projektträger als Reaktion auf die zahlreiche Kritik hinzugefügt worden.⁶ Die enge Verzahnung wird auch dadurch ersichtlich, dass Aiman Mazyek, Vorstandsvorsitzender des ZMD e.V., im Beirat vertreten ist.

Der Landtag Nordrhein-Westfalens muss vor diesem Hintergrund dringend über die Förderungswürdigkeit der hier erwähnten Moslemverbände im Allgemeinen und ihrer Kooperationswürdigkeit im Kampf gegen den Antisemitismus beraten. Weiterhin gilt es, die intransparenten Social-Media-Kommunikationsstrategien der Landesregierung kritisch zu beleuchten.

Andreas Keith

und Fraktion

³ Vgl. ZEIT ONLINE (2017): Ist das Islamische Zentrum israelfeindlich?; online im Internet: <https://www.zeit.de/hamburg/stadtleben/2017-01/elbvertiefung-13-01-17>.

⁴ Vgl. Bundesamt für Verfassungsschutz (2017): Verfassungsschutzbericht 2016 ,S. 204.

⁵ Vgl. <https://igd-online.de/>

⁶ Vgl. dazu den Bearbeitungsverlauf des Beitrages und die Kommentare unter dem Beitrag vom 4. Juli unter <https://www.facebook.com/ChancenNRW/>.